

Österreich

## Verwaltung soll in die Cloud

**[14.07.2011] Das österreichische Bundesrechenzentrum plant die Implementierung einer Cloud-Computing-Lösung für die Verwaltung des Landes. Bestehende Fragen, etwa zu Technik oder Recht, soll eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen klären.**

An einem Positionspapier zum Thema Cloud Computing in der öffentlichen Verwaltung arbeitet das österreichische Bundesrechenzentrum (BRZ). „Cloud Computing ist kein Hype, sondern ein logischer evolutionärer Schritt, um die Kosteneffizienz zu erhöhen und die fragmentierte IT-Landschaft der Verwaltung zu konsolidieren“, so BRZ-Geschäftsführer Roland Jabkowski. Das österreichische Bundeskanzleramt teile die positive Sichtweise bezüglich Cloud Computing, sei aber derzeit noch mit Überzeugungsarbeit beschäftigt. Wie das Newsportal futurezone.at meldet, soll eine Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen möglichst rasch die offenen technischen, organisatorischen, wirtschaftlichen sowie rechtlichen Fragen klären. Der IKT-Beauftragte des österreichischen Bundeskanzleramtes, Roland Ledinger, erklärte, für die erfolgreiche Umsetzung einer Government Cloud seien sowohl die Nachhaltigkeit als auch die Sicherheit der Lösung wichtig. Er sieht hier die Verwaltung in der Pflicht, Grundstandards für Cloud Computing festzulegen, welche die Anbieter zu erfüllen haben. Aus europäischer Sicht könne hier nur etwas bewegt werden, wenn man länderübergreifend zusammenarbeite. So tauscht sich das BRZ etwa mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) aus, welches derzeit eine Private Cloud für die Berliner Verwaltung aufbaut.

(bs)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Cloud Computing, ITDZ Berlin, Österreich, International